

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 151

Neuenbürg, Freitag den 2. Juli 1920

78. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 1. Juli.** Wie wir erfahren, nimmt der Landtag am Mittwoch, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr seine Beratungen wieder auf.

**Berlin, 1. Juli.** Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird außer dem Reichskanzler Brüning sowie dem weiteren zwei Reichsministern Simon und Wirth auch der Reichsernährungsminister Diermes sich nach Spaa begeben, der auf der Konferenz über Deutschlands Lebensmittellage Bericht erstatten und die Dringlichkeit der Bewilligung von Lebensmittelkrediten betonen wird.

**Breslau, 1. Juli.** Der Verfassungsausschuss der sächsischen Volkstammer lehnte einstimmig einen Staatspräsidenten ab u. erklärte sich für einen Ministerpräsidenten, der gleichzeitig Reichsminister sein soll.

### Die württembergische Regierung und der Steuerabzug.

Finanzminister Dr. Biesing hat ein Telegramm an die Reichsregierung gerichtet, in dem er um die Ermächtigung bat, den Steuerabzug bis zur Entscheidung über den Initiativvertrag des Reichstags hinauschieben zu dürfen, da in weiten Kreisen des Volkes eine große Misstimmung über den Steuerabzug herrscht. Bis jetzt ist eine Antwort auf dieses Telegramm noch nicht eingetroffen. Die württ. Regierung hat in ihrer gestrigen Sitzung nochmals darüber beraten.

### Der belgischen Willkür überlieferet.

**Brüssel, 1. Juli.** Nach dem „Volkstribune“ ist auf die deutsche Note an die Friedenskonferenz, welche Beschwerden über das belgische Vorgehen in Eupen und Malmedy führt, die Antwort der Friedenskonferenz eingegangen. Es heißt darin, daß die Konferenz mit der größten Aufmerksamkeit den Inhalt der Note erwoget, daß es ihr aber nicht gelungen habe, daß die gegen die belgischen Behörden vorgebrachten Klagen begründet sind, noch daß die von der deutschen Regierung angeführte Behauptung über die von Belgien eingeleitete Volksbefragung nicht mit den Klauseln und mit dem Geiste des Friedensvertrages übereinstimme. Die Note sucht dann die einzelnen Vorwürfe zu entkräften und sagt zum Schluß: Die Konferenz sieht sich nicht veranlaßt, es als nötig zu erachten, der belgischen Regierung gegenüber irgend eine von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zu ergreifen. Inwiefern die alliierten Mächte überzeugt sind, daß die belgische Regierung von dem besten Willen befeuert ist, sich ganz und streng an die durch den Vertrag von Versailles vorgeschlagenen Bedingungen anzuhalten. Die Konferenz erwartet, daß Deutschland seinerseits jede Handlung vermeide, die den Anschein eines Verstoßes, den Sinn der Volksbefragung zu fälschen, in sich trägt.

### Deutscher Reichstag.

**Berlin, 1. Juli.** In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden zunächst Interpellationen verlesen. Nach Berücksichtigung des Abg. Pfeiffer nahm das Haus den Antrag Ledebour, die Strafe gegen den unabhängigen Abg. Mittwoch aufzuheben, an. — Desgleichen wurde der Antrag der Deutschnationalen auf einstweilige Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. van den Kerchoff angenommen. Die Debatte über die Regierungserklärung wurde hierauf fortgesetzt.

**Abg. Dr. Trimborn (Z):** Er bedauere, daß die Mehrheitsabstimmungen sich zurückgezogen hätten. Er dankte der Volkspartei, daß sie diesmal nicht abgetreten sei. Den Anschlag an die Deutschnationalen habe keine Partei mitmachen wollen, denn das würde den Eindruck gemacht haben, als ob eine Regierung ohne eine Demokratie und Arbeiter zustandekommen sollte. Der Kanzler Brüning sei das Opfer seines Pflichtbewusstseins. Redner kam auf den dornenvollen Leidensweg nach Spaa zu sprechen. Forderungen, die wir nicht erfüllen könnten, müßten ein entschiedenes Nein entgegengesetzt werden. Von den Programmpunkten des neuen Kabinetts sei ihm der über die Wahrung von Ruhe und Ordnung, auch im Meer und in der Beamtenchaft, der wichtigste. Die Drabminderung auf 100 000 Mann sei ein Ding der Unmöglichkeit. Die Steuererlasse seien energisch durchzuführen. Es sei notwendig, Arbeit zu schaffen und dafür zu sorgen, daß noch mehr gearbeitet werde als bisher. Eine Befestigung der Zwangswirtschaft sei nicht möglich. Er appelliere an die Landwirte, ihren Lieferungsverpflichtungen zu entsprechen. Zum Schluß drückte der Redner der Regierung das vollste Vertrauen seiner Partei aus.

**Abg. Stresemann (DVP)** gab zunächst eine Uebersicht über die Ereignisse bei der Kabinettsbildung. Er kam dann auf die Sozialisierung zu sprechen und meinte, noch wichtiger sei diese bei der Bedienung der Produktion. Der Abbau der Zwangswirtschaft sei noch lange nicht das freie Spiel der Märkte wie früher; denn uns sei durch das Fehlen des internationalen Güterverkehrs die Kraft genommen. Die ganze Frage des Wiederaufbaus sei überhöht international und nicht bloß eine deutsche Angelegenheit. Wenn Deutschland zu kommenbroche, werde auch die übrige Welt mit in den Strudel hineingezogen werden. Der Reichswirtschaftsrat, der heute zusammengetreten sei, habe diesen Wiederaufbau vorzubereiten. Die Unterdrückung in Spaa werde schwerwiegend sein, als die von Versailles. Zwänge uns Spaa zum Volksevidenz, so werde das Unheil auch über den Sieger herein. In den besetzten Gebieten im Westen, sowie in Ost- u. Westpreußen solle gegen die Schikanierung der deutschen Einwohner Protest erhoben werden. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens.

**Abg. Schiffer (Dem.)** erklärte, der Sozialdemokratie müßten Vorwürfe machen, wenn gleich er andererseits anerkenne, daß

se wenigstens Bewehr bei Fuß bestehe. Daß gegen die Deutschnationalen sowohl im Innern Deutschlands wie auch im Ausland ein gewisses Mißtrauen herrsche, sei wohl erklärlich. Das sei auch der Grund, weshalb ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich gewesen sei. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett von Dauer sein werde. Unsere auswärtige Politik dürfe nicht unter der inneren leiden. Große Töne würden wir in Spaa nicht anschlagen, aber auch nicht kriechen. Gingen die Forderungen über das Maß des Möglichen hinaus, müßten wir eben nein sagen. Die Hebung der Industrie und des Handels sei die zweite Forderung. Dazu komme die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die allmählich erfolgen müsse. Die Kriegsgesellschaften müßten verschwinden. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

**Abg. Dr. Heim (B. Vhd.)** verlangte eine Bilanz der unversäulichten Wahrheit und der Tatsachen für diejenigen, die nach Spaa gehen. Uns lege man nur Lasten auf, die uns wirtschaftlich ruinierten. Zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage gebe es nichts, denn schon heute hätten wir nicht genügend Kohlen, um unsere Industrie aufrecht zu erhalten. Deshalb dürfe uns Oberbefehl nicht abgenommen werden. Frankreich verberge, daß es uns nicht unter Druck halten könne. Der Redner stellt ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teuren Lebenspreisen nicht schuld sei, sondern der Zwangswirtschaft. Er warne vor Erhöhung der Getreidepreise. Wir sollten Getreide im Osten kaufen, wo die Valuta zu unseren Gunsten liege. Am Schluß bat der Redner die Parteien, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden.

**Präsident Loh** teilte sodann mit, daß ein Antrag der Unabhängigen Aderholden und Genossen vorliege, wonach die Regierung nicht das Vertrauen des Reichstags besitze.

## Ausland.

**Wien, 1. Juli.** In der auf dem Parteitag der großdeutschen Partei Steiermarks gefassten Entschließung ist besonders bemerkenswert eine scharfe Verurteilung gegen eine habsbürgische Reaktion, von der gesagt wird, daß sie unter allen Umständen zu verhindern sei, auch wenn sie sich auf fremde Bajonette stütze. Der Abgeordnete Kraft lenkte die Aufmerksamkeit auf die habsbürgischen Umtriebe.

**Berlin, 30. Juni.** Wie die „Neue Züricher Zeitung“ aus Paris meldet, nimmt die französische Regierung, daß zwischen den Auffassungen der alliierten Regierungen und derjenigen der deutschen Vertreter über die Wiedergutmachungssumme ein nahezu unüberbrückbarer Gegensatz auf der Konferenz von Spaa bestehen würde. Man glaubt, daß die Alliierten gezwungen sein würden, einen Druck auf Deutschland auszuüben, oder aber einen Vergleich anzunehmen. Ramentlich „Lanterne“ vertritt die letztere Idee.

**Paris, 1. Juli.** Nach dem „Intransigent“ hat die englische Regierung zur Konferenz von Spaa den Chef der englischen Militärmission in Berlin, Generalmajor Malcolm, sowie den englischen Vertreter in der interalliierten Kontrollkommission, General Bingham, und auch den Kommandanten der englischen Truppen in Ostpreußen, Generalleutnant Dakin, berufen.

**Paris, 1. Juli.** Bei 286 anwesenden Senatoren genehmigte der Senat mit 263 gegen 23 Stimmen die Gesetzesvorlage über die Annahme des Vertrages von Saint Germain.

### England und die Donauschiffahrt.

**Amsterdam, 1. Juli.** Der „Almes“ zufolge sind die Verhandlungen zwischen einem englischen Syndikat und mehreren Schiffahrtsgesellschaften verschiedener Nationalität, die sich mit dem Handelsverkehr auf der Donau befassen, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden. Das Syndikat, dem hervorragende Finanz- und Schiffahrtsgesellschaften angehören, erwirbt nach dem Abkommen Anteile der erwähnten Donauschiffahrtsgesellschaften. Hieron sei eine bedeutende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Mitteleuropa zu erwarten.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg, 1. Juni.** Durch die Ortschelle wurde von den Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien auf Mittwoch abend in den „Bären“ eingeladen um Stellung zu nehmen gegen die immer mehr sich steigende Lebensmittelverknappung. Mehr wie jedes andere ist insbesondere dieses Thema aktuell; demgemäß war der Besuch der Versammlung von Angehörigen der genannten Organisationen sowie anderer Parteien, Männern und Frauen, ein so gewaltiger, daß die Räume im Bären die Massen nicht alle zu fassen vermochten; viele mußten wegen Platzmangel wieder umkehren. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins A. Titteberg, eröffnete die Versammlung und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Versammlung einen geordneten Verlauf nehmen möge und fügte an, daß das Thema, worüber verhandelt werden sollte, sich in 2 Teile gliedere, 1. Maßnahmen gegen die allgemeine Teuerung, 2. Maßnahmen gegen die Wirtschaft des Kommunalverbandes. Hierzu erklärte er dem Genossen G. R. Heinselmann das Wort.

In der breiten Masse der Bevölkerung, so bemerkte Redner, besche jeden Morgen und Abend die Sorge: Was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden? Und das nicht nur in der arbeitenden Bevölkerung, auch andere Bevölkerungsschichten aus den Verbraucherkreisen hätten mit dieser Sorge zu kämpfen; der Wunsch nach Besserung durchbringe alle Kreise. Wenn man von Tag zu

Tag sehe, wie die Verbrauchsartikel ungerade in die Höhe schneit, dann müßte man sich fragen, reicht der arbeitenden Bevölkerung überhaupt noch der Lohn dafür? Und wenn man an die Kinder und Frauen und alten Leute denkt, wie sie tagtäglich mehr und mehr unter dieser allgemeinen Teuerung zu leiden haben, so komme es Menschen, der im Schwelge seines Angehichts sein Brot verdienen muß, schwer an, den entkräfteten Körper zu erneuter Tätigkeit aufzurichten. Da müßte unbedingt etwas geschehen, müßte Remedy geschaffen werden. Wenn man gewisse Kreise ansehe, wie sie leben und es schon haben, trotzdem die Welt für alle gleich geschaffen sein soll, wenn es trotzdem noch Leute gebe, die dem Arbeiter zumuten, er solle noch mehr arbeiten, während andere in benachbarten Häusern ein Schlemmerleben führen und für ein Essen 90 A bezahlen, Summen, die sie aus den Arbeitern herausgeschinden hätten, so erzeuge das berechtigter Erbitterung. Von der Arbeiterschaft verlange man immer Abbau der Löhne, während von Tag zu Tag die Lebensmittel in die Höhe schneit. Die Arbeiterschaft sei bereit, sofort abzubauen; sie verlange aber, daß die Bauern mit ihren Produkten zuerst abgeben u. der Fabrikant von der hundertprozentigen Erhöhung seiner Fabrikate mindestens 90 Prozent den Arbeitern gebe, die anderen 10 Prozent möge er für sich behalten. Die Verteuerung sei jetzt da angelangt, daß die deutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt die teuersten sind. Daran sei das Wandertum schuld, das mit dem Tode bestraft werden müsse. Die Zwangswirtschaft, deren Abschaffung im Wahlkampf verschiedene Parteien zugesagt bzw. gefordert hätten, so der Bauernbund mit seinem Führer Körner, der aufgehängt gehöre, dürfe nicht befestigt werden, sonst gebe das minderbemittelte Volk dem Kirchhof entgegen. Auch die alte Regierung war zu schwach, weil sie keine Unterstützung hatte, weil das minderbemittelte Volk nicht hinter ihr stand. Unter keinen Umständen dürfe die Mehl- und Brotwirtschaft abgeschafft werden; die Preise würden derart in die Höhe schnellen, daß es dem Minderbemittelten, der in dieser Teuerung sich keine Ersparnisse machen konnte, unmöglich wäre, sich und die Seinen zu ernähren. Scharfe Angriffe richtete Redner gegen die Kommunalverbandswirtschaft, durch welche die Lebensmittel verteuert werden. Die Verteuerung der Lebensmittel beginne bereits in der Wahnahofstraße. Der Kommunalverband sei zu vergleichen mit den früheren Küchenmischeln in den Kasernen, die sich auf Kosten der Mannschaften mästeten und fett wurden und nach Hause schiffen konnten. Wenn die Kommunalverbandsbeamten das essen müßten, was der Arbeiterschaft gereicht würde, wären sie schon lange nach Stuttgart und hätten dagegen protestiert, aber es gebe ihnen anscheinend besser. Wir müssen heute ein Brot essen, das nicht einmal die Schweine fressen; dagegen müßte ganz energisch protestiert werden. Zum Mißanschlag bemerkte Redner, daß aus dem ganzen Lande bekannt wurde, in verschiedenen Oberämtern hätten die Bauern mit der Milch wieder abgeschlagen. Warum geschähe das nicht bei uns? Die Arbeiter sollen in die Einwohnerwehr treten, dann wollten wir mit unseren Gewehren die Milch von den Erzeugern herausziehen. Der kurze militärische Besuch einiger Gemeinden im vorigen Jahre habe gut getan. Theodor Körner habe die Bauern aufgefordert, in die Einwohnerwehren einzutreten, um mittels Bajonetten und Gewehren die Preise hoch zu halten. Es gelte alle Kenntnisse und praktischen Erfahrungen anzuwenden, um eine Lösung der Notlage zu ermöglichen, und in diesem Sinne möge auch die heutige Versammlung ihren Protest beim Oberamt erheben, nicht durch Gewalt, sondern mit Manneszucht, in Ruhe und Ordnung.

Dann kam etwas, was weder der Vorsigende als auf der Tagesordnung stehend bezeichnete, noch mit der Lebensmittelverknappung in irgend welchem Zusammenhang stand. Redner führte aus, die Arbeiterschaft des Bezirks sei entrüstet über die Schreibweise des „Enztäler“. Wenn diese Schreibweise nicht eine andere werde, dann finde eine zweite Demonstration gegen den „Enztäler“ statt. Dabei seien Ausdrücke vom Redner und aus der Mitte der Versammlung von politischer Art, von Verhöhnung der Maschinen, Sinaudagen aus dem Oberamtsbezirk u. a. m. Schriftleiter Strom führte in seiner Erwiderung aus, daß angeblich seit November 1918 Pressefreiheit bestehe und von dieser glaube auch er Gebrauch machen zu dürfen. Wenn seine Schreibweise Anstoß unter der Arbeiterschaft erzeuge, so müsse er bemerken, daß er damit nicht die Arbeiterschaft des Bezirks Neuenbürg treffen wolle, sondern jene Arbeiter in den verschiedenen industriellen Teufelsküchen, die ständig an Streit, Raub und noch Schlimmeres denken, anstatt durch rastlose Arbeit mit beizutragen, Deutschland aus dem Chaos herauszubringen. Als Mann der Arbeit, der mit wie der ganze Mittelstand unter der Teuerung lide, sei ihm ein solches Gebahren von Leuten, welchen die Arbeit von der Regierung als das dringendste Gebot der Stunde bezeichnet wurde, zuwider. Würde alles so wie die Arbeiterschaft des Bezirks Neuenbürg der Arbeiterschaft genügen, wir hätten längst bessere Zeiten. Wenn gewalttätig gegen technische Einrichtungen und Maschinen bei Demonstrationen vorgegangen werde, so bedeute dies einen Vorstoß gegen die Gesetzgebung. Er, Strom, könne sich des Verdachts nicht erwehren, daß die von Herrn Heinselmann vorgebrachten Anwürfe dem Konkurrenzneid entspringen. Gegen die Art und Weise, wie Herr Heinselmann Gehilfen des „Enztäler“-betriebs in einem öffentlichen Lokal über geschäftliche Dinge ausfragte, müsse er Verwahrung einlegen. Herr Heinselmann stellt dies in Rede; wir halten unseren Vorbehalt, weil auf Tatsachen beruhend, aufrecht. Auf weitere Dinge, die das persönliche Gebiet betreffen, soll nicht weiter eingegangen werden; wir hätten den

### Anzeigenpreis:

die einseitige Preis-  
ober deren Raum 60 f,  
bei Auslandsverteilung  
durch die Geschäftsstelle  
45 f extra.  
Reklamefeld A 1.80  
bei größeren Aufträgen  
entsprech. Rabatt, der i-  
Höhe des Anzeigenwertes  
hinfallig wird.

Schluß der Anzeigen-  
Annahme: tags zuvor.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Für telef. Aufträge wird  
feinstetige Gewähr abge-  
nommen.





die Auflösung...  
er nicht so...  
Sache lässt...  
Er habe...  
Hesse in...  
Erzeuger...  
überhand...  
verlang...  
nicht aus...  
hingen, wa...  
erde. Der...  
Abhängigke...  
andere sich...  
ie ihm in...  
im Preise...  
abgeschwa...  
Kommunal...  
Der Komm...  
Erzeuger...  
wie man...  
gen nach...  
Kommunal...  
des Komm...  
aus. Mit...  
hand nicht...  
rolurist...  
urden, ein...  
er sei der...  
r, Müller...  
nern nicht...  
gestellten...  
Wohl in...  
dann müß...  
en Rathaus...  
stellt werden...  
trigen Stellen...  
schäftlicher...  
nachung der...  
werden.  
Zett und...  
den Kommi...  
e es für...  
ffering in...  
en große...  
Hand kom...  
sich dem...  
Gallzien...  
er sich...  
schaft sind...  
rumänischer...  
hausfichten...  
In la...  
Die...  
wurden...  
e Trauben...  
Blättern...  
Auf...  
Zirkel...  
er Parteien...  
maßlose...  
umtätigkeit...  
Bereitwillig...  
blischen...  
Ordnung...  
er Parteien...  
en veröf...  
nung.) Der...  
ich von...  
Unter der...  
erhöhung...  
jedoch in...  
Man re...  
wen über...  
Der in...  
Waffen...  
Schlechte...  
den Schaden...  
sind bei...  
kommen.  
en wollen...  
II ange...  
Münz...  
schlechte...  
die Händ...  
den letzten...  
Zustand...  
wertmäßig...  
Die Händ...  
Markt...  
er...  
öcke...  
er...  
er...

**Beil. 30. Juni.** Beim Baden im Rhein wurde der 18-jährige Sohn des Ratsherrn Scherr, „Paußelhalber“ in den Rhein geworfen und ist, da er nicht schwimmen konnte, ertrunken.  
**Freiburg, 30. Juni.** In einem Hörsaal der Universität erlag aus Eifersucht ein 24-jähriger Student der Philologie auf Altona eine 26-jährige Studentin aus Bremen. Der Student hatte aus einem Revolver fünf Schüsse auf das Mädchen abgegeben, von denen drei trafen. Einer ging in die Lunge und führte den sofortigen Tod herbei.  
**Konstanz, 28. Juni.** Die Landwirte in Westfalen, die gegen die Erhöhung der Milchpreise (und von denen einer die für Lage öffentlich gegen die Erhöhung Stellung nahm), sind nicht vereint. Im Salmer Tal konnte man in der Zeit, in der die Eier 1.50 Mark kosteten, diese vielfach für 1 Mark erhalten, mit dem Hinweis es sei genug. Dabei waren teils verschiedene Kommunalverbände, die dort Eier durch Käufener erwerben ließen, 1.40 Mark für das Ei angefragt und wurden von diesen auch bezahlt.  
**Radolfzell, 1. Juli.** In der Arbeiterdemonstration am letzten Montag, die zur Sprengung der Bauernvereinsdemonstration führte, nimmt die hiesige mehrheitlich „Volkshaus“ Stellung. Sie schreibt u. a.: „So sehr wir die heftige Schlägung begreifen, die sich der Arbeiterschaft angefühlte der teilweise geradezu wucherischen Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft bemächtigt hat, so entschieden müssen wir uns gegen die Methoden wenden, die da zur Beseitigung der besagten Missetaten angewandt worden sind. Wir wissen nicht, inwieweit Angehörige der sozialdemokratischen Partei an der bedauerlichen Vorkommnisse beteiligt waren, das eine aber stellen wir fest, daß die Zeitung unserer Partei — so wohl des Landes, wie die drüßige — die Radolfzeller Gewalttätigkeiten aufs schwerste mißbilligt.“

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 1. Juli.** Die Tagesordnung des Landtags am Mittwoch ist sehr reichhaltig. Neben einem Bericht des Legislativkommissionärs wird das Staatsministerium eine Erklärung abgeben. Dann folgen vor allem die großen Anfragen wegen der Lebensmittelversorgung, der Wirtschaftskrise, den Preisänderungen im Lande usw. — Minister Graf hat heute das Ministerium des Innern und Minister Dr. Schall das Ministerium des Ernährungsministeriums übernommen. — Der bekannte Abgeordnete Regierungsrat Ströbel bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft ist auf Ansuchen aus dem Staatsdienst entlassen worden. Er ist bekanntlich geschäftsführender Direktor der Landwirtschaftskammer.  
**Saarbrücken, 1. Juli.** Die politischen Parteien des Saargebietes haben durch den Regierungskommissar des Saargebietes an den Völkerrat die Bitte gerichtet, daß im Saargebiet nur Deutsche als Beamte angestellt werden möchten, da die Bevölkerung des Saargebietes nur aus Deutschen bestehe.  
**Leipzig, 2. Juli.** Den Behörden ist es gelungen, eine Schmutzfabrik zu ermitteln, deren Mitglieder wie verlautet, den angeführten Handelskreisen angehören. Zuletzt haben sie für etwa 1 1/2 Millionen Mark hochprozentigen Spiritus, das Alter zu 18 Mark bereingekauft und für 91 Mark verkauft. Die Behörden haben unzweifelhaft festgestellt, daß auch baltische Offiziere ihre Hände dabei im Spiele hatten.

**Berlin, 1. Juli.** Der Reichstag beschloß, drei dringende Anträge, die übereinstimmend die vorläufige Aufhebung des 10prozentigen Abzugs vom Lohn fordern, gemäß dem Beschluß des Arbeitsausschusses einem 28gliedrigen Ausschuß zu überweisen, der seine Beratungen unverzüglich aufnehmen und vielleicht übermorgen bereits berichten wird.  
**Berlin, 1. Juli.** Die Haushaltsaufstellung des Reichstags genehmigte bei Beratung der Anträge des Reichsministeriums, darunter 185 Millionen Mark für die Beschaffung von Wohnungen. In eingehender Aussprache über die Stellenanforderungen im Bereiche des Reichsverkehrsministeriums wurde die Ausarbeitung einer neuen Befolungsordnung für nötig erachtet.  
**Berlin, 2. Juli.** Die Reichstagsabgeordneten aus den besetzten rheinischen Gebieten hielten gestern im Reichstag eine Rede über verschiedene Mißstände ab. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen waren vertreten. Mit großer Entschiedenheit wurde, dem „Vorwärts“ zufolge, verlangt, daß die Reichsregierung auf eine Verfüzung der Befolungsordnung hinwirke.

**Königsberg, 1. Juli.** Die Ankunft Abstimmungsbeauftragter aus allen Teilen des Reichs ist bereits in vollem Gange. Mehrere tausend sind auf dem Seewege bisher schon von dem reichsgerichtlichen Willen mit der Bahn in den einzelnen Abstimmungsbezirken weiterbefördert worden.  
**Wagen, 1. Juli.** Die ersten elektrischen Züge passierten im St. Gotthard-Tunnel. Die Fahrt vollzog sich ohne jeden Zwischenfall.  
**Paris, 1. Juli.** Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung den Text der Antwort auf die letzte deutsche Note redigiert. In der Deutschland eine Verlängerung der Zeit für die Räumung der neutralen Zone verlangte. Die Antwort wird ablehnend ausfallen.  
**Stockholm, 1. Juli.** Der Reichstag wird am Freitag in öffentlicher Sitzung die Malandfrage behandeln.  
**Sofia, 2. Juli.** In Aussicht nahm sich General Krivoschewitsch die Ablieferung von 200000 Soldaten in Serbien, dessen Kriegsverbrechen verlangt habe, in dem Augenblick das Leben, als er von dem Befehl der militärischen Untersuchungskommission Kenntnis erhielt, ihn zu verhaften und den Gerichten zu übergeben.

### Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch

**Stuttgart, 2. Juli.** Wie das „Neue Tagbl.“ erfährt, soll demnächst beschlossen werden, den Metz- und Schlachtviehhandel von Wirkung vom 12. Juli ab vollständig freizugeben. Auch beim Schlachtvieh sollen Erleichterungen eingeführt werden. Im Handel und Metzgereien soll in ihren Bezirken der freie Verkauf gestattet werden. Wie die Stuttgarter Metzger ihren Bedenken gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch, die Höchstpreise sollen jedoch bestehen bleiben, außerdem sollen die Metzger beim Viehkauf eine gewisse Bedarfsmenge beschränkt werden.

### Neue Wege in der Fleischversorgung.

**Stuttgart, 1. Juli.** In obiger Darstellung des Stuttgarter „Neuen Tagbl.“, daß in aller nächster Zeit der Metz- und Schlachtviehhandel freigegeben und daß bei Schlachtvieh der freie Verkauf durch Händler und Metzger gestattet werden sollte, er-

fahren wir: Die Nachricht ist durch Indiskretion eines Beiratsmitglieds der Fleischversorgung an die Öffentlichkeit gelangt. Die Freigabe der Fleischversorgung aus der Zwangswirtschaft war nur Gegenstand der Beratung, nicht der Beschlußfassung. Wie sich die neuen Wege in der Fleischversorgung gestalten sollen, darüber schweben zur Zeit noch Verhandlungen. Vor allem ist auch der neue Leiter des Ernährungsministeriums, Minister Dr. Schall, von der Sache nicht verhandelt. Es handelte sich bei der ganzen Angelegenheit also nur um eine vertrauliche Aussprache über den etwa einzuschlagenden Weg, wie er von einzelnen Beiratsmitgliedern vertreten wurde.

**Berlin, 1. Juli.** Wie die Abendblätter berichten, beschließen seit gestern die Polen systematisch sämtliche über den polnischen Korridor liegenden Flugzeuge, die deutsche Abflugberechtigung mit Genehmigung der Interalliierten Kommission nach West- und Ostpreußen bringen, mit Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Ein solches Flugzeug wurde auf der Rückfahrt in Brand geschossen und stürzte ab. Der Führer fand den Tod.

### Lebensmittelkrawalle.

**Worms, 1. Juli.** Mittwoch Nachmittag und Abend fanden hier Straßenkrawalle gegen die Lebensmittelverteilung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten nach dem Gewerkschaftshaus, wo Besprechungen stattfanden. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshaus begaben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftsvorstand ein beschriftetes Ultimatum überreichte wurde. In den Abendstunden strömte wieder eine Menge nach der Mittelstadt und halbwillkürliche Surden schlugen Schaulden ein und plünderten die Auslagen. Es kam mehrfach zu Schlägereien und wüsten Szenen, sodas die Polizei öfters mit blanker Waffe eingreifen mußte. Der Schaden dürfte zwei bis drei Millionen Mark betragen. Gegen Mitternacht arifen französische Patrouillen ein und blieben bis zum Morgen in Bereitschaft. Die Läden sind auch heute noch geschlossen.  
**Soffnungsvolle Aussichte.**

Ueber die Grundzüge der künftigen Ernährungspolitik äußerte sich der Reichsernährungsminister Hermes in einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse dahin, daß sich unsere landwirtschaftliche Produktion bessere. Die inländische Stoffherzeugung befände sich in hoffnungsvoller Entwicklung. Durch Förderung der Zwangswirtschaft könnten wir der landwirtschaftlichen Produktion einen starken Anreiz geben. Wir würden die Zwangswirtschaft nur da aufrecht erhalten, wo elementare Notwendigkeiten es fordern. Die Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch sei jeder Diskussion entzogen. Wir wollten die landwirtschaftliche Produktion durch eine geordnete Preispolitik fördern. An einen Abbau der Getreidepreise könne nicht gedacht werden, aber die Erhöhung des Brotpreises müsse vermieden werden. Die restlose Ablieferung von Brotgetreide und Milch sei von der Landwirtschaft zu verlangen. Die Fleischwirtschaft müssen wir umbauen. Ueber die Neuordnung der Fett- und Kartoffelwirtschaft stehen wir in Verhandlungen. Beim Abbau der Zwangswirtschaft verfolgen wir auch den Zweck, soweit wie möglich das Preisniveau der Lebensmittel zu senken. Mit den Kriegsgesellschaften wird gründlich und schnell ausgeräumt werden.

Sie Detu  
**Grenz-Spende**  
für die Volksabstimmung  
im Deutschen Reich  
Engel-Gladbach, Neuenbürg.

### Schöne Worte.

**Berlin, 2. Juli.** Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten französischen Botschafter Laurent zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Ueberreichung hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Verufen, die amtlichen Beziehungen unserer beiden Länder in vollem Umfang wieder herzustellen, werde ich bemüht sein, beizutragen zu ihrem fruchtbringenden gemeinsamen Zusammenwirken zwecks Heilung der Wunden des Krieges und schneller wirtschaftlichen Wiederaufbau von Europa in ehrlischer Ausführung des Friedensvertrags, der hinsichtlich die gemeinsame Urkunde aller ihn zeichnenden Mächte ist. — Der Reichspräsident erwiderte u. a.: Mit Befriedigung entnehme ich Ihren Worten, daß es Ihre ernster Wille ist dabei mitzuarbeiten, die Wunden, die die Kriege unseren beiden Ländern geschlagen hat, zu heilen und in Ausführung des Friedensvertrages durch eine gemeinsame fruchtbringende Arbeit das wirtschaftliche Leben Europas wieder in Gang zu bringen. Von dem gleichen Streben bin ich mit der deutschen Regierung erfüllt.

### Vor Spanien.

**Berlin, 1. Juli.** Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sieht es nunmehr fest, daß außer dem Reichskanzler Fernand die Minister Simons, Wirth, Scholz und Hermes sich nach Spaa begeben werden. Im ganzen wird die Delegation aus 25 bis 30 höheren Beamten bestehen, denen das notwendige Büro- und Schreibpersonal beigegeben wird. Die Abreise der deutschen Delegation nach Spaa wird Samstag abend mit einem Sonderzug erfolgen. Wie lange die Konferenz dauert, ist noch nicht entschieden. Erfolgt keine Verständigung über eine Verhandlungsgrundlage, so wird sie nach wenigen Tagen zu Ende sein.

**Berlin, 1. Juli.** Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat heute zwei amtliche Denkschriften überreicht. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachungen. Die zweite legt im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute keine Steuerquellen angesamlet hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Mittel als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechungen in Spaa sein. Gleichzeitig wurde ein von 22 hervorragenden im Wirtschaftsleben stehenden Männern unterzeichnetes Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit der Kräftigung übergeben.

**Berlin, 2. Juli.** Wie der „Vorwärts“ schreibt, wird die Regierung durch die vom „Vorwärts“ gewünschten „Karten-

Formen“, eine Erklärung mit auf den Weg erhalten, die ihr zu leben erlaubt. Dank dem Antrag der Unabhängigen aber werde sich sich sogar auf ein indirektes Vertrauensvotum stützen können. Indem die große Majorität des Reichstags es ablehnen werde, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, werde sie sich sogar auf ein indirektes Vertrauensvotum stützen können. Indem die große Majorität des Reichstags es ablehnen werde, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, werde sie sich sogar auf ein indirektes Vertrauensvotum stützen können. Indem die große Majorität des Reichstags es ablehnen werde, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, werde sie sich sogar auf ein indirektes Vertrauensvotum stützen können.

### Feldrennen.

## Holz-Verkauf.

**Nächsten Mittwoch, den 7. Juli 1920, vormittags von 9 Uhr an,**  
werden auf dem neuen Rathaus (Bürgeraal) aus den Gemeindewaldungen Harberg und Dinkelrain öffentlich versteigert:  
Tannenstammholz 801 Std. I. bis VI. Klasse 788 Fm.,  
Abchnitte 64 I. III. 46  
Fichtenstammholz 29 III. V. 19  
Abchnitte 24 II. III. 15  
Buchenstammholz 14 IV. VI. 6  
Eichenstammholz 6 V. VI. 2  
Anschließend hieran versteigert die Kirchenpflege bei der Kirche:  
2 Kastanienstämme III. Kl. 1 Fm.,  
5 Abchnitte V. u. VI. Kl. 0,5 Fm.  
**Abfahr und Bedingungen günstig.**  
Den 30. Juni 1920. **Schultheißenamt: Rapp.**

## Bekanntmachung

**Abhaltung von Pferdemarkten betr.**  
Der am Montag, 5. Juli ds. Js. fällige Pferdemarkt findet wegen der Maul- und Klauenseuche nicht statt. Die Abhaltung des nächsten Pferdemarkts wird bekannt gegeben.  
Pforzheim, 1. Juli 1920.  
Das Bürgermeisteramt.

**Turnverein Neuenbürg.**

Zu dem Gaurunfest in Schöenberg am 4. Juli ladet der Verein seine Angehörigen zu zahlreicher Beteiligung ein. Standquartier „Linde“.  
Für die Kampfrichter Samstag 4.25 Stadtbahnhof, 6 1/2 vom Lokal, Turner  
Damen-Riege Sonntag früh 5 1/2 Uhr Turnhalle.  
Rückkehr des Vereins Sonntag abend 8.05 Stadtbahnhof.  
Der Ausschuf.

Herrenald.  
Auf sämtliche vorrätige  
**Leder-Schuhwaren**  
gewährt ich  
**50% Rabatt.**  
Wilhelm König.

**I. Res.-Inf.-Rgt. Nr. 119**  
Zahlreichen Wünschen entsprechend findet am **Sonntag, den 11. Juli 1920** in **Calw** im „**Vödischen Hof**“ von **12 bis 7 Uhr** zwangloses **Zusammensein** der Kriegskameraden des Bataillons statt. Angehörige willkommen.  
Im Namen der Kameraden und Feldzugs-kommandeure des Bataillons:  
Rueff.  
Mundverpflegung ist mitzubringen.

**Wein- und Mostfässer**  
jeder Größe, einzeln und in größeren Posten verkauft täglich am Bahnhof Vödingen a. N.  
**Max Gulden, Fasshandlung,**  
Augsburg A 568 :: Telephon 1889.

**Achtung!**  
Am Sonntag, den 4. Juli, findet im **Gasthaus zur „Linde“** in **Salmbach** **große Hundebörse**  
statt, wozu freundlichst einladen.  
Mehrere Hundefreunde.

